

# Politiker-Alltag im „Virus-Schatten“

Abgeordnete aus Risiko-Gebieten können zu Nationalratssitzung kommen

Das Coronavirus stellt das Parlament vor immer neue Herausforderungen. Die jüngste betrifft die Aufforderung, daheim zu bleiben, wenn man zuletzt in einem nun isolierten Gebiet war oder überhaupt dort wohnt. Aber egal, wie letztlich die dazugehörige Regelung aussieht, die Mandatare werden wohl zu den Sitzungen diese Woche anreisen dürfen. Denn laut Geschäftsordnungsexperte Werner Zögeritz hätten Gesetze Vorrang vor Erlässen. So dürfte ein Abgeordneter auch aus dem Gefängnis ins Hohe Haus, um beim Beschluss von Gesetzen mitwirken zu können. Erlässe könnten Mandatare also nicht daran hindern, ins Parlament zu gehen. Im Parlament wird darauf verwiesen, dass es bisher

noch keinen Infektionsfall gegeben habe. SPÖ-Abgeordneter Thomas Drozda war zwar auf Skiurlaub in einer von Quarantäne betroffenen Region, sein Corona-Test fiel aber negativ aus. Dennoch wird er den Sitzungen fernbleiben, wobei die Donnerstag-Sitzung voraussichtlich eher schmal besetzt sein wird, da es nur um technische Vorbereitungen für das Plenum am Freitag geht. Ob die Klubs generell auf Abgeordnete aus den besonders betroffenen Regionen einwirken, ist noch nicht überall klar. Der ÖVP-Klub rät den Tirolern, nicht teilzunehmen. Bei Grünen und Neos, beide Fraktionen halten ihre Sitzungen derzeit virtuell ab, wird zudem Mandataren aus Vorarlberg geraten, zu verzichten. Klar ist, dass Abge-

ordnete, die Risikofaktoren aufweisen, dem Plenum nicht beiwohnen werden.

## Wien: Wohnbaustadträtin Gaal positiv getestet

Mittlerweile gibt es auch den ersten Coronafall in der Berufspolitik: Wohnbaustadträtin Kathrin Gaal (SPÖ) wurde positiv auf das Virus getestet. „Es geht ihr gesundheitlich gut, sie zeigt nur sehr leichte Symptome und befindet sich in ihrem Zuhause in Heimquarantäne“, hieß es aus dem Rathaus. Alle Personen, mit denen Gaal im Ansteckungszeitraum näheren Kontakt hatte, seien über die Erkrankung informiert: „Unter den Betroffenen befinden sich keine weiteren Mitglieder der Wiener Stadtregierung.“